

Oranienburg, den 18.10.2016
2016-PM13

Vom Kooperationsverbot zum Kooperationsgebot!

Der DigitalPakt#D" von Bundesministerin Johanna Wanka ist der erste Schritt auf dem richtigen Weg.

„Der Bundeselternrat fordert Bund, Länder und Kommunen auf, gemeinsam die Verantwortung dafür zu übernehmen, dass Bildung und Ausbildung in ganz Deutschland vergleichbar ist.“ Mit diesen Worten endet die Presseerklärung des Bundeselternrats zum Thema: „Vom Kooperationsverbot zum Kooperationsgebot!“ aus dem Jahr 2012. Allein in diesem Jahr hat der Bundeselternrat mit den Themen „Schul(um)bau zwischen Sanierungsstau und zeitgemäßer Pädagogik“ und „Bildungsfinanzierung zwischen Investitionsstau und Schuldenbremse - Woher nehmen wir das Geld?“ weiter auf den grundlegenden Notstand in der Bildungsfinanzierung hingewiesen. Mit der „Digitalen Bildung“ steht nun neben dem Sanierungsstau, dem demografischen Wandel, der Umsetzung der Inklusion und der Beschulung von Flüchtlingen die nächste große Herausforderung für unser Bildungssystem vor der Tür.

Der Pressesprecher Wolfgang Pabel erklärt hierzu: „Umso mehr sind wir Eltern erfreut, dass sich nun endlich auch der Bund wieder in der Pflicht sieht mit dem **DigitalPakt#D** unsere Schulen mit ausreichenden Ressourcen auszustatten. Unabhängig vom Kooperationsverbot, dass im Rahmen der Föderalismusreform 2006 eingeführt und vom Bundeselternrat immer kritisiert wurde, werden nun endlich Finanzierungswege aufgezeigt, die auch dem Bund die finanzielle Unterstützung unserer Schulen ermöglichen. Es bleibt aber anzumerken, dass der **DigitalPakt#D** nur ein erster Schritt in die richtige Richtung sein kann.“

Laut aktueller Studien von Dr. Dieter Dohmen vom FIBS und Dr. Roman Jaich vom IfBM liegt allein der zusätzliche Investitionsbedarf inklusive der „Digitalen Bildung“ im Bereich der Schulen für die nächsten 10 Jahre bei ca. 500 Milliarden EUR. Hier reichen also temporäre Maßnahmen und die Aufhebung des Kooperationsverbots bei weitem nicht aus.

Der Pressesprecher des Bundeselternrats ergänzt: „Wir brauchen eine bundesweite Bildungsstrategie, die über die anstehende Neugestaltung des Bund-Länder-Finanzausgleichs hinaus Konzepte entwickelt, die eine ausreichende Finanzierung unseres Bildungssystems im Bereich der Schulen sicherstellen. Die aktuelle Haushaltssteuerung und der angesetzte Finanzbedarf werden dem nachhaltigen Stellenwert der Bildung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft jedenfalls nicht gerecht. So erwarten wir gerade im Bereich der „Digitalen Bildung“ eine langfristige Strategie, die gut zwischen dem Bund, den Ländern und den Kommunen abgestimmt wird. Das gilt für die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen ebenso wie für die pädagogischen Anforderungen, die mit dieser neuen Lernform untrennbar verbunden sind. Gerade mit der Digitalisierung sind vielfältige Formen des individualisierten Lernens vorstellbar. Hier könnte ein wichtiger Schwerpunkt gesetzt werden. Die „Digitale Bildung“ ist eine große Chance zur individuellen Förderung aller Schülerinnen und Schüler unabhängig von der Schulform und des jeweils bevorzugten Bildungssystems.“

Wolfgang Pabel

Pressesprecher/stellvertretender Vorsitzender

mobil: 0160 6106168

E-Mail: wolfgang.pabel@bundeselternrat.de